

# **Gescheiterte Friedensverhandlungen und erneute Eskalation des Konflikts<sup>1</sup>**

von Karl-Heinz Krämer

Seit Ende Mai 2002 ist die 1990/91 eingeführte Demokratie am Ende. Nur König Gyanendra, die von ihm eingesetzte Regierung und Befürworter eines direkten königlichen Systems sprechen von einem Fortbestand von Demokratie und konstitutioneller Monarchie. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Mißbrauch der Verfassung, Vetternwirtschaft und Korruption durch die gewählten Parteipolitiker seit 1991; in vielen Gegenden des Landes seit Jahren keine staatliche Repräsentanz wegen des maoistischen Aufstands; keine gewählten Vertreter auf nationaler Ebene seit Mai 2002; keine lokalen Volksrepräsentanten seit Juli 2002, vielmehr werden seit Oktober 2003 die ursprünglich eingesetzten Beamten durch von der Regierung selektierte Parteifunktionäre ersetzt; keine demokratisch gewählte und einem Parlament gegenüber verantwortliche Regierung seit Oktober 2002; exekutive Macht und Souveränität in den Händen des Königs seit Oktober 2002; keine Nationalversammlung (Oberhaus des Parlaments), seit im Mai 2003 turnusmäßige Nachwahlen von einem Drittel seiner Mitglieder wegen des aufgelösten Repräsentantenhauses und der fehlenden lokalen Gremien nicht mehr möglich waren; Aufwertung des Raj Parishad, des königlichen Rates, in einer von der Verfassung nicht vorgesehenen politischen Funktion; kein Anzeichen einer Rückkehr zur Demokratie in Sicht, statt dessen Zusammenbruch des Anfang 2003 eingeleiteten Friedensdialogs mit den Maoisten, erneute Eskalation des Konflikts und größte Menschenrechtsverletzungen. Nepal, quo vadis?

## **Der Friedensprozeß**

Als König Gyanendra am 11. Oktober 2002 eine Regierung unter Premierminister Lokendra Bahadur Chand einsetzte, gab er ihr drei konkrete Aufgaben: Eine möglichst umfassende Beteiligung der politischen Parteien an der Regierung, die Einleitung eines Friedensprozesses mit den maoistischen Aufständischen und die Durchführung der auf unbestimmte Zeit verschobenen Parlamentswahlen. Hinsichtlich des ersten Punktes ist Chand kläglich gescheitert; alle Parteien verweigerten eine Kooperation mit der Chand-Regierung, die sie als illegitim ansahen. Selbst Chands eigene Partei, die Rastriya Prajatantra Party (RPP, National Democratic Party) verhielt sich äußerst distanziert. Das gleiche Negativurteil gilt für den Versuch einer Redemokratisierung mittels Parlamentswahlen. Es war eine Folge der völligen Blockade der Regierung durch die Parteien, daß die Chand-Regierung an Parlamentswahlen nicht einmal denken konnte.

Die einzige positive Maßnahme der Chand-Regierung blieb ein Friedensschluß mit den Maoisten, der am 29.01.2003 nach anderthalb Monate dauernden geheimen Gesprächen des Ministers für Raumordnung und öffentliche Arbeiten, Narayan Singh Pun, mit den Führern der Maoisten getroffen wurde. Hiermit fand das Land nach Jahren endlich wieder zu einer relativen Ordnung und Ruhe zurück. Die Erleichterung in der allgemeinen Öffentlichkeit war groß. Ein weiteres hoffnungsvolles Zeichen war, daß sich Regierung und Maoisten am 13. März auf einen 22 Punkte umfassenden Verhaltenskodex für die Zeit der geplanten Friedensverhandlungen einigten, der schriftlich fixiert wurde. Das Fehlen einer

derartigen schriftlichen Vereinbarung war 2001 als einer der großen Mängel der damaligen erfolglosen Gespräche genannt worden.

In der Folgezeit wurden Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Friedensschlusses vorbereitet. Die Maoisten nominierten bereits frühzeitig ein fünfköpfiges Verhandlungsteam unter Leitung ihres Chefideologen Dr. Baburam Bhattarai, das sich am 29.03.2003 erstmals in der Öffentlichkeit präsentierte. Die übrigen Mitglieder waren Ram Bahadur Thapa (alias Genosse Badal), Krishna Bahadur Mahara, Matrika Yadav und Dev Gurung. Positiv an der Zusammensetzung dieses Teams war die Einbindung von Thapa, dem militärischen Chef der Maoisten, der als Kopf ihres besonders radikalen Flügels gilt. Negativ fiel auf, daß einmal mehr auch bei den Maoisten die hohen Hindukasten dominierten; Frauen gehörten dem Team nicht an, obgleich der Anteil der Frauen in den Reihen der Maoisten sehr hoch sein soll.

Die Regierung ließ sich bis zum 16. April Zeit, ehe sie ihrerseits ein Verhandlungsteam benannte, das unter Leitung des stellvertretenden Premierministers Badri Prasad Mandal stand und dem neben dem Initiator des Dialogs, Narayan Singh Pun, noch die Minister Ramesh Nath Pandey<sup>2</sup>, Dr. Upendra Devkota, Kamal Chaulagain und Frau Anuradha Koirala angehörten, abgesehen von Mandal und Pun allesamt Brahmanen.

Das erste formelle Treffen der beiden Teams fand am 27. April im Hotel Shankar in Kathmandu statt. Hierbei einigte man sich auf die Einbeziehung von vier Vermittlern, die für eine bessere Transparenz bei den Verhandlungen sorgen sollten. Padma Ratna Tuladhar und Daman Nath Dhungana, letzterer war 1991 nach den ersten Wahlen Parlamentssprecher, hatten schon bei den Verhandlungen von 2001 diese Funktion wahrgenommen und wurden nun erneut von den Maoisten vorgeschlagen. Zu ihnen gesellten sich auf Vorschlag der Regierung noch Karna Dhoj Adhikari und der frühere Außenminister Shailendra Kumar Upadhyaya.<sup>3</sup>

Während die Regierung keine Vorschläge einbrachte, präsentierten die Maoisten ihre Agenda, in der die Anfang 1996 zu Beginn des Konflikts gestellten 40 Forderungen auf nunmehr 24 reduziert wurden. In den Mittelpunkt rückten sie dabei die Verfassung, die sie als quasi tot bezeichneten. Es müsse daher über eine neue Verfassung verhandelt werden, die durch eine gewählte verfassunggebende Versammlung entworfen werden sollte.

Eine weitere wichtige Forderung war die nach einer Roundtable-Konferenz, die eine Übergangsregierung unter Führung der Maoisten und eine Übergangsverfassung beschließen sollte. Letztere sollte die absolute Souveränität des Volkes zum Ausdruck bringen. Alle Teile dieser Übergangsverfassung sollten mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments oder durch ein Referendum veränderbar sein.<sup>4</sup> Weitere wesentliche Forderungen betrafen strukturelle Veränderungen der Royal Nepalese Army, eine Integration der maoistischen Volksbefreiungsarmee in die nationale Armee, die Ersetzung des Hindu-Königreichs durch einen säkularen Staat (wobei die Frage nach der Zukunft der Monarchie bewußt offengelassen wurde), die Festlegung der Rechte auf Bildung, Gesundheit und Beschäftigung als Grundrechte und eine Änderung des Landbesitzrechts unter Aufwertung der Rechte der Bebauer des Landes. Mit Blick auf die zunehmende amerikanische Intervention forderten die Maoisten ferner einen sofortigen Stop ausländischer Militärpräsenz, –beratung und –hilfe.<sup>5</sup> Auch Indien fand besondere Beachtung in der maoistischen Agenda. So forderte man eine Regulierung der offenen Grenze zwischen Indien und Nepal, eine Schließung der Rekrutierungszentren für Gurkha-Söldner und eine Beendigung

ausländischen (d.h. hier indischen) Monopols im wirtschaftlichen Bereich sowie ein Ende der ausländischen Intervention im Namen von NGOs und INGOs.

Eine zweite Verhandlungsrunde zwischen Regierung und Maoisten fand am 8. Mai in Kathmandu statt. Die Regierung hatte zuvor eine klare Stellungnahme in Bezug auf die von den Maoisten vorgelegte Agenda angekündigt.<sup>6</sup> Inwieweit dies tatsächlich erfolgte, wurde bei den anschließenden Pressekonferenzen nicht ganz deutlich. Die Vermittler Tuladhar und Dhungana äußerten sich pessimistisch auf die Frage nach erkennbaren Verhandlungsfortschritten. Offiziell hieß es lediglich, daß die Regierung um Zeitaufschub hinsichtlich ihrer Stellungnahme zu den maoistischen Forderungen gebeten habe. Außerdem sagte die Regierung die Freilassung einiger inhaftierter maoistischer Führer zu. Man bestätigte ferner, daß sich die Armee nur noch im Umkreis von fünf Kilometern von ihren Stützpunkten bewegen sollte. Dies war eine der wesentlichen Forderungen der Maoisten gewesen.

Die unbefriedigende Umsetzung des 22punktigen Verhaltenskodexes kam in der zweiten Verhandlungsrunde ebenfalls zur Sprache. Hier vereinbarten beide Seiten die Bildung eines 13köpfigen Beobachterteams unter Leitung eines Mitglieds der National Human Rights Commission (NHRC).<sup>7</sup>

Die einschneidendste Kritik am Ergebnis der zweiten Verhandlungsrunde kam von der Armee, deren Generäle offen erklärten, daß sie eine Bewegungsbeschränkung der Truppen nicht hinnehmen würden. Sie fanden dabei offensichtlich Unterstützung durch einige Mitglieder des Kabinetts, was den Beginn einer größeren Regierungskrise bedeutet. Die Maoisten nahmen die Kritik der Armeeführung ernst, betonten die enge Bindung zwischen Militär und Monarchie und sprachen gar von einer sich anbahnenden Militärherrschaft im Namen der Monarchie (Kathmandu Post, 13.05.2003). Sie forderten insbesondere den Ausschluß von Pandey aus dem Verhandlungsteam der Regierung, weil dieser öffentlich erklärt hatte, es habe keine Vereinbarung mit den Maoisten hinsichtlich der Bewegungsfreiheit der Armee gegeben (Kathmandu Post, 16.05.2003), was jedoch von Pun bestätigt wurde (Himalayan Times, 17.05.2003). Doch auch eine weitere Vereinbarung der zweiten Verhandlungsrunde, die Freilassung inhaftierter maoistischer Führer, verzögerte sich zum Unmut der Maoisten. Schließlich beschuldigte Dr. Baburam Bhattarai die Chand-Regierung offen der Selbstherrlichkeit und bekundete Sympathien für die seit Wochen auf den Straßen gegen die königliche Machtergreifung demonstrierenden Parteien, die ihrerseits eine ihnen von der Regierung wiederholt angebotene Beteiligung an den Friedensverhandlungen stets abgelehnt hatten.

Premierminister Chand war zunächst um Schadensbegrenzung bemüht und strebte angesichts der harschen Kritik des Militärs eine größere Regierungsumbildung an. Das Zögern hinsichtlich der Erfüllung der mit den Maoisten getroffenen Vereinbarungen läßt vermuten, daß er längst zwischen allen Stühlen saß. Der offene Widerstand der Generäle muß angesichts der traditionellen Loyalität der Armee gegenüber der Monarchie den Segen des Königs gehabt haben.<sup>8</sup> Damit war Chand auch mit seinem letzten Auftrag des Königs gescheitert: Er konnte den Friedensprozeß nicht fortführen. Die logische Konsequenz war sein Rücktritt vom Amt des Premierministers, der am 30.05.2003 erfolgte. Diese Entwicklung dürfte durch die sich abzeichnende Annäherung zwischen Maoisten und demonstrierenden Parteien noch forciert worden sein.

In den folgenden Tagen wiederholte sich das Schauspiel, das bereits der Nominierung Chands vorausgegangen war. Wieder forderte König Gyanendra die politischen Parteien auf, einen Kandidaten für die Nachfolge Chands vorzuschlagen. Anders als im Oktober 2002 traten diesmal die führenden Parteien geschlossen auf

und empfahlen die Ernennung von Madhav Kumar Nepal, dem Generalsekretär der CPN-UML, zum Übergangspräsidenten. Doch wieder mißachtete der König den Vorschlag der Parteien und ernannte erneut einen bekannt konservativen Politiker zum Präsidenten. Surya Bahadur Thapa ist quasi das Symbol der Panchayat-Zeit.<sup>9</sup> Niemand sonst war länger Präsident bzw. Vorsitzender des Ministerrats, wie das Amt bis Mitte der sechziger Jahre noch hieß.

Der neue Präsident sah sich mit den gleichen Problemen konfrontiert wie sein Vorgänger. Auch jetzt verweigerten die politischen Parteien jegliche Kooperation; selbst aus der eigenen RPP kam Widerstand. Noch schwerwiegender dürfte das Urteil intellektueller Kreise, darunter zahlreicher führender Juristen, gewesen sein, welche die Nominierung Chands im Vorjahr zum Teil noch hingenommen hatten, die aber jetzt die Ernennung Thapas als illegitim bezeichneten.

Der Regierungswechsel bedeutete für den Friedensprozeß mit den Maoisten eine weitere monatelange Verzögerung. Zum einen war die Thapa-Regierung wochenlang, wenn auch erfolglos, mit sich selbst beschäftigt. Sodann bedeutete der Wechsel auch, daß alle Verhandlungsführer der Regierung ausgetauscht werden würden. Markant war dabei, daß Thapa, anders als seinerzeit Chand, nicht vom König den besonderen Auftrag erhielt, den Friedensprozeß fortzusetzen. Dennoch schrieb sich Thapa dies auf seine Fahnen und benannte bereits am 12. Juni die beiden Minister Dr. Prakash Chandra Lohani und Kamal Thapa als die neuen Unterhändler der Regierung.

Allerdings unternahm die neue Regierung ansonsten wenig, die Vereinbarungen der zweiten Verhandlungsrunde umzusetzen. Unterdessen häuften sich blutige Zusammenstöße zwischen Maoisten und Sicherheitskräften landesweit. Eine Eskalation drohte, nachdem am 17. Juli Sicherheitskräfte das Kontaktbüro der Maoisten in Kathmandu durchsuchten, den Büroleiter verhafteten und stundenlang verhörten (Kathmandu Post, 18.07.2003). Als Reaktion schlossen die Maoisten ihr Büro in Kathmandu. Sie erklärten, sie würden die Thapa-Regierung nur noch als Verhandlungsführer akzeptieren, wenn König Gyanendra selbige offiziell als seinen Vertreter bei den Verhandlungen benennen würde. Mit anderen Worten, die Maoisten wollten nur noch den König als Verhandlungspartner akzeptieren. Gleichzeitig kritisierten sie mit deutlichen Worten die Armee, die sie eines provokativen Verhaltens bezichtigten und als „Royal American Army“ bezeichneten. Auch die politischen Parteien kamen unter maoistischen Beschuß, weil sie außer Straßenprotesten keine nennenswerten Vorschläge zur Behebung der jahrhundertalten Mißstände unterbreiten würden. (Kathmandu Post, 24.07.2003)

Am 28. Juli erhöhten die Maoisten ihren Druck auf die Regierung und setzten ihr ein Ultimatum zur Erfüllung ihrer diversen Forderungen bis 31. Juli. Erst jetzt lenkte die Regierung ein und entließ einen Tag später einige der maoistischen Führer aus der Haft, die nach der Übereinkunft der zweiten Verhandlungsrunde eigentlich schon anderthalb Monate früher auf freiem Fuß hätten sein sollen.

Nach hartem Ringen einigte man sich schließlich auch auf eine dritte Verhandlungsrunde, die am 17. August in der Nähe von Nepalganj stattfand. Die Regierung ging in diese Gespräche mit dem Versprechen umfangreicher sozio-ökonomischer, aber auch konstitutioneller Änderungen, ging dabei jedoch kaum auf die klaren Forderungen der Maoisten ein. Wesentliche Merkmale der Regierungsagenda waren: Festhalten an der Vielparteiendemokratie, Entwicklung eines partizipatorischen politischen Systems, Chancengleichheit für alle, Beseitigung von gesellschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung, Souveränität des Volkes, konstitutionelle Monarchie als Symbol der Einheit in einem multiethnischen Land,

verbessertes Wahlsystem, Stärkung des Regierungssystems, Nationalversammlung (Oberhaus des Parlaments) als proportionales Repräsentationsgremium aller Bevölkerungsgruppen, 25% Reservierungen für Frauen in allen politischen und öffentlichen Bereichen.

Nur wenige dieser Aussagen bedeuteten konkrete Schritte; das meiste war einmal mehr kaum aussagekräftig und sehr interpretationsbedürftig. Die Maoisten waren mit diesen schwammigen Vorschlägen nicht einverstanden und bestanden auf ihrer Grundforderung nach einer konstitutionellen Versammlung. Dr. Baburam Bhattarai erklärte, Gespräche bloß um der Gespräche willen machten keinen Sinn, wenn die Regierung von ihrer politischen Agenda nicht abweichen wolle (Kathmandu Post, 20.08.2003). Damit deutete sich an, was am 27. August offiziell bestätigt wurde: die Maoisten erklärten auch den zweiten Friedensprozeß für gescheitert.

In den folgenden Wochen waren Meldungen über zahlreiche Tote bei Zusammenstößen zwischen Maoisten und Sicherheitskräften an der Tagesordnung, wobei die Opfer auf maoistischer Seite bei weitem überwogen. Wie schon vor dem gescheiterten Friedensprozeß gab es bei den Zusammenstößen nur selten verwundete oder verhaftete Maoisten, was auf gezielte Tötung schließen läßt. Gleichzeitig nahmen sich die Sicherheitskräfte das Recht heraus, zu verhaften, wen immer man als Maoist oder deren Sympathisant verdächtigte. Sehr oft wurden die Angehörigen der Verhafteten nicht oder unzutreffend über deren Aufenthaltsort informiert. Viele verschwanden spurlos im Polizeigewahrsam, andere wurden nach Tagen freigelassen und berichteten über Folterungen. Es verging kaum ein Tag, an dem Amnesty International nicht auf wenigstens einen dieser Fälle durch „urgent actions“ aufmerksam machte.<sup>10</sup> Die Zahl der in den Konflikt hineingezogenen Zivilisten erhöhte sich drastisch. Nicht einmal vor Schulen machten die beiden Konfliktparteien halt.

Auch an der politischen Front hat das Scheitern des Friedensdialogs keine Änderungen bewirkt. Weder der König und die von ihm eingesetzte Regierung noch die politischen Parteien scheinen zu einem Einlenken bereit. Zwar besteht das Bündnis aus fünf Parteien, die gegen das Einschreiten des Königs demonstrieren, weiter, doch bleiben Zweifel an der Haltung der Parteiführer. Einige von ihnen machten wiederholt deutlich, daß sie einlenken würden, wenn sie vom König mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt würden. Auf der anderen Seite deuteten gegen Ende November andere Parteien an, daß sie sich möglicherweise dem Bündnis der fünf Parteien anschließen wollten. Hierzu gehörte Sher Bahadur Deuba und sein Nepali Congress (Democratic), doch wehrte sich vor allem die Mutterpartei um Girija Prasad Koirala vehement gegen eine Beteiligung Deubas. Koirala machte klar, daß er auch im Alter von 81 Jahren nicht daran denkt, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen und bekundete erneut sein Interesse am Amt des Premierministers. Auch in den Reihen der Rastriya Prajatantra Party (RPP), also der Partei des Premierministers, machte sich Kritik an der Regierung breit. Auf einer Sitzung des Central Working Committees der RPP am 18. November forderte die Mehrheit der Mitglieder ultimativ den Rücktritt Premierminister Thapas. Gleichzeitig bekundete auch die RPP Interesse, sich an der Protestallianz der anderen Parteien zu beteiligen. Surya Bahadur Thapa erklärte sich einzig und allein dem König gegenüber verantwortlich, nicht aber gegenüber seiner Partei, und lehnte einen Rücktritt kategorisch ab. Statt dessen begab er sich auf eine mehrtägige Reise durch die übrigen SAARC-Mitgliedsstaaten, eine Reise, deren Sinn angesichts der prekären innenpolitischen Situation Nepals und der mangelnden Legitimation der derzeitigen Regierung fraglich ist.

Es scheint zunehmend, daß Druck von außen notwendig sein wird, um die politisch Verantwortlichen zur Vernunft zu bringen. Wie in der Weltpolitik, so gibt es auch in Bezug auf Nepal zwei Lager. Während die USA die nepalischen Maoisten als Bestandteil des internationalen Terrorismus betrachten und die nepalische Regierung immer wieder zu ihrer gewaltsamen Auslöschung drängen, haben die Vereinten Nationen wiederholt eine Vermittlerrolle bei einer friedlichen Lösung angeboten. Gleiches gilt auch für die Europäische Union. Wichtige Geberländer von Entwicklungshilfe drohen unterdessen mit einem Rückzug aus Nepal. Die Niederlande waren die ersten, die ankündigten, Nepal von der Liste der Empfängerländer zu streichen, wobei sie allerdings die problematische politische und menschenrechtliche Situation nicht namentlich nannten. Deutlicher wurden in diesem Zusammenhang Dänemark und Deutschland.

Die Vertreter westlicher Staaten haben ihre sonst übliche diplomatische Zurückhaltung aufgegeben und offen ausgesprochen, wie sie einen Ausweg aus der verfahrenen Situation sehen. Einer Lösung des maoistischen Konflikts vor einer Rückkehr zur Demokratie geben sie dabei keine Chance, weil eine Redemokratisierung nur unter Beteiligung der Maoisten möglich ist. In ihren Vorschlägen ist daher die Rede von einem integrierten Prozeß. Es solle eine Übergangsregierung gebildet werden, an welcher alle großen Parteien und auch die Maoisten beteiligt werden. Die Aufgabe dieser Regierung solle es dann sein, die notwendigen konstitutionellen Grundlagen zu schaffen und nationale und lokale Wahlen durchzuführen.

Dieser Vorschlag klingt gar nicht so viel anders als die Agenda, mit der die Maoisten im Januar 2003 in die inzwischen gescheiterten Friedensverhandlungen gingen, nun kommt er jedoch von einer neutralen Seite, die durchaus geeignet wäre, zwischen den Fronten zu vermitteln. Aber vielleicht verstehen es die politisch Verantwortlichen in Nepal ja einmal mehr, die Entwicklungen in eine andere Richtung zu lenken. Der Oberste Gerichtshof ist dabei, seine eigene Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Parlamentsauflösung vom Mai 2002 erneut aufzurollen. Sollte das Gericht seine damalige Entscheidung revidieren, wären zumindest die demokratischen Institutionen des Staates wieder funktionsfähig und alle königlichen Maßnahmen automatisch aufgehoben. Allerdings stünden dann im Mai 2004 turnusmäßige Neuwahlen des Repräsentantenhauses an, d. h. man hätte die gleichen Probleme wie bei den als nicht durchführbar erklärten vorzeitigen Wahlen von 2002. Außerdem brächte die Wiedereinsetzung jener Kräfte, die durch ihr Fehlverhalten das Land in die ausweglose Situation geführt haben, eine Lösung des maoistischen Konflikts nicht näher.

### **Die Frage der Schuldzuweisung**

Die politischen Parteien, die Maoisten und letztlich auch die Monarchie haben den modernen nepalischen Staat in seine größte Krise gesteuert. Die Zukunft des Landes und seiner Menschen steht auf dem Spiel, aber den Personen an den Schalthebeln geht es weiterhin nur um Macht und persönliche Interessen. Konsensfähigkeit, Verständnis für die zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und zukunftsorientierte Politik unter Einbeziehung und Wahrung der Interessen aller Bevölkerungsgruppen sind ihnen Fremdwörter.

Die teilweise widersprüchlichen Aussagen der Politiker erschweren oft eine ausgewogene Beurteilung der Vorgänge und Standpunkte. Seit dem 4. Oktober 2002 erfolgt ein Machtkampf zwischen drei politischen Gruppen (König/königliche Regierung, politische Parteien und Maoisten). Auf den ersten Blick erscheinen die

politischen Parteien dabei als die großen Verlierer, doch gilt dies zunehmend auch für die Monarchie. Noch nie in der Geschichte Nepals ist die Institution der Monarchie auch nur annähernd derart offen kritisiert worden wie heute, und das nicht nur von politischen Gegnern sondern auch von der Stimme des Volkes. Die Zukunft Nepals liegt in den Händen von König, politischen Parteien, Maoisten und ziviler Gesellschaft. Nachfolgend soll das jüngste Verhalten dieser vier Institutionen daher kurz analysiert werden.

## **König Gyanendra**

Die Maßnahme König Gyanendras vom 4. Oktober 2002 ist nicht durch Artikel 127 der Verfassung gedeckt.<sup>11</sup> Der König ist bei Anwendung dieses Artikels an die Empfehlungen des Premierministers gebunden. Eine Entlassung des letzteren wegen Unfähigkeit, wie von Gyanendra angeführt, sieht die Verfassung nicht vor. Das gleiche gilt für die Bildung einer Regierung aus Königs Gnaden: Die Chand-Regierung hatte ebenso wenig eine Legitimation wie die jetzige Regierung unter Surya Bahadur Thapa. Der König hat bei seinem Vorgehen keine wirkliche Kooperation mit den politischen Parteien gesucht.

Vor der Ernennung Lokendra Bahadur Chands zum Premierminister forderte er zwar die Parteien zu Vorschlägen über eine Regierungsbildung auf, entzog sich aber durch Reisen u.ä. einer Dialogmöglichkeit. Erschwerend kam hinzu, daß sich die Parteien ihrerseits damals nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Dabei argumentierte der König sehr gerne mit den Stellungnahmen kleiner und völlig unbedeutender Parteien, die bei Wahlen kaum Stimmen, geschweige denn Sitze errungen hatten, jetzt aber mit Forderungen auftraten, die von der Strategie der großen Parteien abwichen. Dieses Schauspiel wiederholte sich nach dem Rücktritt Chands wie bereits oben beschrieben.

Gyanendra bekennt sich zwar zur Wahrung der Demokratie und zur konstitutionellen Monarchie, doch paßt sein Handeln nicht zu diesem verbalen Bekenntnis. Schon der Wortlaut seiner Erklärung vom 4. Oktober 2002 und die Art, wie er sich und andere Mitglieder der Königsfamilie seither in der Öffentlichkeit zelebrieren läßt, erinnern allzu sehr an die harte Phase der Panchayat-Zeit in den 60er und 70er Jahren. Allerspätestens seit der Bildung der Thapa-Regierung wird deutlich, daß der König ein aktiver Monarch sein möchte, wie er es bereits unmittelbar nach seiner Thronbesteigung im Juni 2001 ausgesprochen hat. Zunehmend wird klar, daß er darunter ein System versteht, das eine große Ähnlichkeit zum früheren Panchayat-System aufweist, zumindest was die Stellung und Machtfülle des Monarchen anbetrifft. Den Parteien, zu Panchayat-Zeiten verboten, scheint er keine besondere Rolle zuzudenken. Der Anschein trügt nämlich, Gyanendra greift nicht auf die konservative RPP zurück, sondern auf einzelne ihrer Politiker, die im Panchayat-System eine bedeutende Rolle gespielt haben und die später hauptverantwortlich für die Bildung der RPP waren, die aber heute nur noch eine untergeordnete Rolle innerhalb ihrer Partei spielen. Hierdurch werden die ohnehin vorhandenen parteiinternen Zwiste erneut an die Oberfläche gespielt.<sup>12</sup>

Bei aller Kritik am Vorgehen Gyanendras muß man jedoch auch erwähnen, daß es nicht die Monarchie war, die Nepal in die heutige ausweglose politische Situation hineinmanövriert hat, sondern die politischen Parteien. Insbesondere Gyanendras Vorgänger Birendra hatte sich geradezu vorbildlich an die Verfassung von 1990 gehalten, nachdem sie einmal in Kraft getreten war. Die Verfassung ist in den vergangenen zwölf Jahren jedoch von den Parteipolitikern so oft gebrochen worden, daß sie quasi schon tot war, als der König im Oktober 2002 einschritt.

## Politische Parteien

Die großen Parteien tragen somit die Hauptschuld am Scheitern des demokratischen Systems von 1990. Sie haben heute keine tatsächliche Macht mehr und verweigern sich gleichzeitig jeder Kooperation. Es ist richtig, wenn sie das Vorgehen des Königs und die von ihm eingesetzten Regierungen als illegitim bezeichnen, aber sie verschweigen dabei ihre zahlreichen eigenen Verfassungsverstöße. Ich möchte nur an die staatspolitischen Richtlinien der Artikel 24-26 der Verfassung erinnern, an die sich keine Regierung gehalten hat, die aber eigentlich die Grundlage allen politischen Handelns sein sollten. Außerdem rechtfertigte die begründete Kritik der politischen Parteien nicht ihre Weigerung, sich am Friedensprozeß zu beteiligen.

Die seit Monaten auf den Straßen gegen die demokratiefeindliche Politik Gyanendras demonstrierenden Parteien (Nepali Congress, CPN-UML, People's Front Nepal, Nepal Workers' and Peasants' Party und die von Ananda Devi angeführte Gruppe der Nepal Sadbhavana Party) haben sich in ihrer Agitation dahingehend gesteigert, daß sie in allerdings widersprüchlichen Stellungnahmen gelegentlich sogar von einer Abschaffung der Monarchie sprechen. Das große Problem der nepalischen Parteien ist, daß sie nicht zu einer Konsenspolitik im Sinne der Friedensschaffung und Zukunftssicherung des Landes in der Lage sind. Vielmehr haben sie sich die erwähnten Grundsätze des *rajaniti* angeeignet, um ihre Gegner (die anderen Parteien, die unliebsamen Konkurrenten in der eigenen Partei oder jetzt eben wieder den Monarchen) zu bekämpfen und ihre Stellung und Macht zu sichern. Die Übertragung dieses traditionellen Denksystems vom König auf die Parteien mag angesichts des laut Verfassung nur noch konstitutionell-monarchischen Systems plausibel erscheinen. Doch wie der König, so mißachten auch die Parteipolitiker bei der Anwendung von *rajaniti* die gleichzeitige Anwendung der Vorschriften des *rajadharmā*. Nur bei ausgewogener Beachtung beider Prinzipien hat das Land nach der traditionellen hindupolitischen Denkweise eine Zukunftschance. Insofern ist der heutige Zustand Nepals wohl eher als das zu bezeichnen, was man im Hinduismus mit *kaliyuga*, Endzeitalter, umschreibt.

## Maoisten

Die Maoisten mögen durch die blutigen Auseinandersetzungen in der Zeit des Ausnahmezustands geschwächt worden sein, aber dies dürfte nicht der Anlaß gewesen sein, daß sie sich Anfang 2003 wieder um eine friedliche Lösung des Konflikts bemühten. Die Gründe lagen wohl eher in der veränderten Volksmeinung. Die Menschen in Nepal sehnen sich nach Frieden; die maoistischen Parolen finden längst selbst in besonders benachteiligten Bevölkerungskreisen nicht mehr den Zuspruch, den sie noch Ende der 90er Jahre erfahren hatten.

Die veränderte Lage nach dem 4. Oktober 2002 gab den Maoisten die Möglichkeit, in direkten Dialog mit dem König zu treten. Anders als bei den Friedensgesprächen von 2001 verhandelte man nicht mit einer vom Volk gewählten und durch die Verfassung gebundenen Regierung, sondern mit Vertretern eines Monarchen, der die demokratische Verfassung ohnehin schon aus den Angeln gehoben hatte. Mit ihrer Forderung nach der Schaffung einer neuen Verfassung lagen die Maoisten damit im Bereich des rational Notwendigen. Eine unter Beteiligung der Maoisten geschaffene neue Verfassung würde definitiv die Macht und Vorrechte des Monarchen weiter beschneiden. Dies konnte und wollte König Gyanendra nicht hinnehmen; folglich mußte der Dialog scheitern.

Die Maoisten kehrten nach dem Zusammenbruch des Friedensprozesses zunächst zu ihrer alten Taktik der Gewaltpolitik zurück. Hierzu gehörten insbesondere Angriffe

auf Einrichtungen der Sicherheitskräfte sowie die Zerstörung der Infrastruktur und der Häuser führender Politiker. Am 21. Oktober gab die maoistische Führung jedoch eine Änderung ihres Vorgehens bekannt. Offensichtlich unter dem negativen Eindruck, den die Zerstörung der Infrastruktur in der Öffentlichkeit bewirkt hatte, kündigte man an, derartige Anschläge in Zukunft zu unterlassen. Auch wollte man die Familien der Sicherheitskräfte nicht mehr länger belästigen und einschüchtern. Ziel der maoistischen Attacken sollten nur noch die im Dienst befindlichen Sicherheitskräfte sein. Die folgenden Wochen zeigten jedoch, daß auch bei den Maoisten Wort und Tat nicht viel gemein haben. Möglicherweise ist dies allerdings auch als ein Indiz dafür zu bewerten, daß die maoistischen Führer zunehmend die Kontrolle über ihr Fußvolk verlieren.

## **Zivile Gesellschaft**

Die Liberalisierung von Verfassung und Staatswesen nach 1990 hat die Wurzeln für Volkssouveränität, zivile Gesellschaft und Menschenrechte gelegt. Das Versagen der politischen Parteien und staatlichen Organe hat in der Folgezeit weiter dazu beigetragen, soziale Unzufriedenheit zu schüren und diese auf den Straßen zum Ausdruck zu bringen. Während die größte Armut und Rückständigkeit auf dem Land herrscht, sind die Träger von technischen und institutionellen Innovationen in erster Linie in den Städten und oft genug in der staatlichen Verwaltung zu suchen. Gleichzeitig aber stellt der Verwaltungsapparat eine oft unüberwindbare Barriere gegenüber Veränderungen dar, die die traditionelle Machtposition der Beamten gefährden könnten. So gesehen stagniert der Entwicklungsprozeß oft zwischen den abstrakten und nur verbal artikulierten Neuerungs Ideen einzelner Mitglieder einerseits und den natürlichen Beharrungstendenzen einer mächtigen Staatselite andererseits.<sup>13</sup>

Es bedarf daher eines Liberalisierungsprozesses, der über den Regierungsansatz hinausgeht und sich um materielle Produktion, Sozialisation und gesellschaftliche Integration bemüht. Seit der Demokratisierung des Landes zu Beginn der 1990er Jahre haben sich diesbezüglich allmählich an Gruppen orientierte Eliten außerhalb der traditionellen staatlichen Elite herausgebildet, die sich kulturell, gesellschaftlich, wirtschaftlich und zunehmend auch politisch für ihre Mitglieder erfolgreich einsetzen. Hierzu gehören z.B. ethnische Organisationen und Zusammenschlüsse wie der Nepal Federation of Nationalities (NEFEN), sprachlich orientierte Organisationen, die Interessenvertretungen der Dalits (Unberührbaren), Frauenorganisationen und Gewerkschaftsverbände.

Vielfach sind die Bemühungen dieser Organisationen noch auf lokale Bereiche beschränkt, doch zeichnen sich auch erste nationale Erfolge ab. Es wird von einer zivilen Gesellschaft erwartet, daß sie ein Symbol darstellt für Basisbemühungen um die Schaffung eines modernen, demokratischen und gerechten Staates, in welchem die Reichen und Mächtigen nicht länger über dem Gesetz stehen und in dem alle Menschen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung führen können. Zum Teil hat der maoistische Konflikt diese Problematik verstärkt ins Bewußtsein gerückt, weil die Maoisten mit ihrer Argumentation genau hier ansetzten. Aber der von ihnen gewiesene Weg hat sich als Bumerang erwiesen, weil diejenigen, denen die Maoisten angeblich zu einem besseren Leben verhelfen wollten, die Hauptleidtragenden des Konflikts sind. Eines der Hauptprobleme ziviler Gesellschaft in Nepal ist dabei, daß ihre wohlbegründeten Argumente von den Maoisten für ihre eigenen Zwecke mißbraucht wurden. Nicht selten wird daher zivilgesellschaftliche

Kritik an der staatlichen Politik als eine maoistische Propaganda abgetan und verfolgt.

Bei der Lösung des maoistischen Konflikts kommt somit der zivilen Gesellschaft eine ganz besondere Rolle zu. Sie existiert und sie hat sich auch bereits in ausreichendem Maße organisiert. Was fehlt, ist das notwendige Gehör und die Beteiligung am Friedensprozeß.

## **Perspektiven**

Auf lange Sicht stimmen die Entwicklungen in Nepal nicht sonderlich hoffnungsvoll. Ansätze und Wille zu einer Rückkehr zur Demokratie sind weiterhin nicht erkennbar. Dies gilt für den König in gleicher Weise wie für die von ihm eingesetzte Regierung und die dazu in Opposition stehenden politischen Parteien. Bloße Lippenbekenntnisse zu Verfassung und Demokratie kann man schon fast nicht mehr hören. Es wird viel über den Sinn und Unsinn von Parlamentswahlen diskutiert. Fest steht, daß das Status der Rechtsstaatlichkeit möglichst rasch wiederhergestellt werden muß, wenn die Demokratie noch eine Chance haben soll. Aber es gibt keine Erklärung, warum für die Übergangszeit nicht das im Mai 2002 aufgelöste Repräsentantenhaus wiedereingesetzt und von ihm eine Regierung legitimiert werden sollte. Verfassungsrechtler, die weder royalistisch noch parteipolitisch gebunden sind, interpretieren Artikel 53 (4) der Verfassung<sup>14</sup> schon seit längerem dahingehend, daß eine Parlamentsauflösung automatisch aufgehoben wird, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen durchgeführt werden. Mit anderen Worten: Deubas Empfehlungen und die Aushebelung der Verfassung durch König Gyanendra wären völlig überflüssig gewesen.

So verhärtet sich der Eindruck, daß gewisse Kräfte die Demokratisierung zurückfahren wollen. Dies wird unterstrichen durch die Tatsache, daß im Juli 2003 mittels königlicher Verordnung auch der demokratielose Zustand auf lokaler Ebene um ein weiteres Jahr verlängert wurde. In den letzten Wochen ist die Thapa-Regierung nun hingegangen und ersetzt die beamteten Vertreter auf lokaler Ebene durch von der Regierung ausgesuchte und nominierte Vertreter aus den Reihen der politischen Parteien, wobei die im Vergleich zum Wahlergebnis von 1997 enorme Bevorteilung von Mitgliedern der RPP ins Auge fällt. Mit Demokratie hat das noch weniger zu tun als die vorherige Regelung durch Beamte.

Man kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug darauf hinweisen, daß Nepal nicht mehr mit kleinen kosmetischen Veränderungen geholfen werden kann. Auf lange Sicht ist der maoistische Konflikt nur ein Vorspiel für das, was dem Land bevorsteht, wenn es nicht endlich zu tiefgreifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Lage ist. Eine vom Social Science Baha Ende April 2003 organisierte Tagung zur Einbeziehung (*inclusion*) der zahlreichen benachteiligten Gesellschaftsgruppen hat besonders deutlich gemacht, wo die Veränderungen ansetzen müssen.<sup>15</sup>

Im Mittelpunkt der notwendigen Veränderungen wird die Verfassung von 1990 stehen, deren Infragestellung zu den Kernforderungen der Maoisten gehört. Kritisch betrachtet ist kaum noch etwas übrig von den Grundlagen dieser Verfassung. Das Volk hat seine Souveränität verloren; das Parlament ist abgeschafft und es gibt keine Anzeichen, daß der König, der sich der exekutiven Gewalt bemächtigt hat, irgendwelche Interessen verfolgt, in absehbarer Zeit Neuwahlen durchzuführen; es gibt keine legitime Regierung, die sich gegenüber gewählten Vertretern des Volkes zu verantworten hat; es gibt nicht einmal die Möglichkeit einer Beteiligung und Kontrolle des Volkes auf lokaler Ebene. Daher ist es erlaubt zu fragen: Welche

Demokratie gilt es denn eigentlich noch zu bewahren? Welche Verfassung muß geschützt werden? Die Verfassung von 1990 ist tot und kann, spätestens seit der König sie ihrer Grundlagen beraubt hat, nicht mehr belebt werden. Jede Rückkehr zur Verfassung von 1990 würde eine Sanktionierung des erfolgten Mißbrauchs durch Politiker und König bedeuten. Nepal bedarf also einer neuen Verfassung, die einen derartigen Mißbrauch oder gar Bruch in Zukunft unmöglich macht. Gleichzeitig muß die zukünftige Verfassung eine angemessene und gleichwertige Einbeziehung aller bisher so benachteiligter Bevölkerungsgruppen garantieren. Auf diese Weise würden zahlreiche Ursachen für die heutige Krise des Landes an ihren Wurzeln beseitigt. Dies alles bedeutet nicht, daß die neue Verfassung sich völlig von der vorherigen unterscheiden muß. Die Grundidee des demokratischen Nepal war nicht schlecht, auch wenn die Verfassung zahlreiche Mängel aufweist. Es war nicht die demokratische Struktur, die versagt hat, vielmehr haben sich die Probleme aus der Nutzung und Interpretation des Systems ergeben.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Version eines Artikels, der am 13.09.2003 auf dem NGO-Forum in Köln vorgelegt wurde. Es wurden die Entwicklungen bis zum 06.12.2003 berücksichtigt.

<sup>2</sup> Ein vom König nominierter Abgeordneter der Nationalversammlung, des Oberhauses des nepalischen Parlaments.

<sup>3</sup> Bezeichnenderweise sind auch die vier Vermittler, abgesehen von Tuladhar, Brahmanen.

<sup>4</sup> In der Verfassung von 1990 sind einige Grundprinzipien als unveränderbar festgeschrieben.

<sup>5</sup> Nur wenige Tage zuvor hatten die USA und Nepal eine Vereinbarung über eine sogenannte Antiterrorism Assistance (ATA) unterzeichnet; wiederholt hat die amerikanische Regierung die nepalischen Maoisten als Bestandteil des internationalen Terrorismus bezeichnet, den man seit dem 11. September 2001 weltweit zu bekämpfen sucht. Hierdurch wird auch Nepal zu einem Spielball amerikanischer Politik.

<sup>6</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich König Gyanendra am Vorabend der zweiten Verhandlungsrunde mit Premierminister Chand und den beiden Regierungsunterhändlern Narayan Singh Pun und Ramesh Nath Pandey zu einem vertraulichen Gespräch traf.

<sup>7</sup> Die weiteren Mitglieder dieser Kommission sollten Bal Krishna Neupane, Hem Bahadur Singh, Khim Lal Devkota, Malla K. Sundar, Dr. Birendra Jhapali und D.R. Lamichhane sowie jeweils ein Vertreter der folgenden Organisationen sein: Nepal Bar Association (NBA), Federation of Nepalese Journalists (FNJ), National Women Commission (NWC), Nepal Dalit Association (NDA), Association of Nepalese Nationalities (ANN) und Federation of Nepalese Chamber of Commerce and Industry (FNCCI).

<sup>8</sup> Schon kurz nach dem Regierungswechsel erhob Dr. Baburam Bhattarai entsprechende Vorwürfe gegenüber König Gyanendra und erklärte dessen Abdankung zur Grundvoraussetzung für eine Lösung des maoistischen Aufstands (Kathmandu Post, 08.06.2003).

<sup>9</sup> Zwischen 1963 und 1969 stand er an der Spitze von fünf unterschiedlichen Regierungen (da alle Kabinette bis 1981 in ihrer Gesamtzusammensetzung solche von Königs Gnaden waren, muß jede Regierungsumbildung als ein neues Kabinett betrachtet werden), davon zunächst unter dem Titel „Vorsitzender des Ministerrats“. Fünf weitere von Thapa geführte Regierungen gab es zwischen 1979 und 1983, als er dann mit Hilfe des einzigen Mißtrauensvotum des Nationalpanchayats ausgerechnet von Chand gestürzt wurde (diese Option war erst mit der dritten Verfassungsänderung von 1980 eingeführt worden). Schließlich bekleidete Thapa 1997/98 noch einmal für etwa sechs Monate das Amt des Premierministers, als politische Machtspielereien die junge Demokratie in der Phase unklarer Parlamentsmehrheiten an den Rand des Abgrunds führten.

<sup>10</sup> Grundlegend informiert ein Bericht von Amnesty International über die Problematik: Nepal: Widespread “disappearances” in the context of armed conflict. AI Index: ASA 31/045/2003 vom 16.10.2003, im Internet unter <http://web.amnesty.org/library/index/engasa310452003> zugänglich. Informationen zu den urgent actions sind abfragbar über <http://web.amnesty.org/ai.nsf/countries/nepal?OpenView&Start=1&Count=30&Expandall&ft=S331.htm>

<sup>11</sup> Diese Sicht wird bestätigt durch den fundiertesten Verfassungskommentar: Surya P.S. Dhungel, Bipin Adhikari, B.P. Bhandari and Chris Murgatroyd. 1998. Commentary on the Nepalese Constitution. Kathmandu: DeLF, S. 679 ff.

<sup>12</sup> Um das Selbstverständnis König Gyanendras als Hindumonarch zu begreifen, ist es notwendig, ein paar der grundlegenden hindupolitischen Vorstellungen zu erwähnen, die diesem Denken zugrunde liegen, nämlich die von *dharma* und *artha*. Der Hindu weiß, daß er selbst, alle anderen Wesen und alles andere an Umgebung und Gemeinschaft an Zeit und Kosmos gebunden sind

---

und dabei eine ganz konkrete Aufgabe zu erfüllen haben. Der Begriff, der dieser Vorstellung zugrunde liegt, ist *dharmā*. Er umfaßt den gesamten Bereich von Moral, Kult, Recht und Sitte, ist inhaltlich auf die Kasten und Lebensstände bezogen und bewirkt durch seinen Vollzug jenseitiges Heil. (KRÄMER, Karl-Heinz. 1978. Der politische Hinduismus von Nepal unter besonderer Berücksichtigung des Königtums. Unveröffentl. Magisterarbeit, Universität Bonn, p. 125. Siehe auch HACKER, Paul. 1965. Dharma im Hinduismus. *Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft* 49:100.)

Die klassischen hindupolitischen Schriften vollziehen eine begriffliche Trennung zwischen *dharmā*, also religiös-sittlicher Ordnung, und *artha*, der politisch-weltlichen Ordnung. Diese beiden Bereiche, *dharmā* und *artha*, sind nach hinduistischer Vorstellung nur an einem Punkt miteinander verbunden, nämlich in der Person des *raja*, des Königs. Für diesen fallen beide Bereiche zusammen. Die religiöse Pflicht des Herrschers, der *rajadharmā*, ist die Ausübung der politischen Tätigkeit, *artha* (KLUMKEIT, Hans-Joachim. 1975 Das politische Engagement der Religionen. Südasiens in der Neuzeit. In: J. F. Thiel and A. Doutreloux (eds.), *Heil und Macht: Approches du Sacré*. Sankt Augustin, pp. 100-119.) In diesem Sinne ist der König der Aufrechterhalter und Beschützer von *dharmā* in seinem Reich.

Um seine Politik erfolgreich durchzusetzen, stehen dem König nach hinduistischem Staatsverständnis die Mittel des *rajaniti* zu. *Niti* bedeutet wörtlich "gutes Benehmen oder Verhalten", wird aber insbesondere auch allgemein im Sinne von "Politik" gebraucht. Dabei unterscheidet sich *rajaniti* deutlich von den ehrenwerten und moralisch hochstehenden Idealen des *rajadharmā*, ja, es steht geradezu in einem krassen Widerspruch dazu. Während *rajadharmā* der Weg ist, wie ein König sich rechtschaffen zu verhalten hat, ist *rajaniti* der Weg, der ihn zum Erfolg führt. Moral und Gewissen, die beim *rajadharmā* so betont werden, finden beim *rajaniti* keine Beachtung; hier zählt nur der Erfolg. Die vier Hauptmittel (*upaya*) des klassischen *rajaniti* sind *saman* (Versöhnung, Verhandlung), *danda* (Bestrafung, Züchtigung, Zwang, Angriff), *dana* (Schenkung, Geschenk, Bestechung) und *bheda* (Spaltung, Verrat, Säen von Zwietracht unter den Gegnern). Dazu kommen noch drei weitere Mittel: *maya* (Täuschung, Betrug), *upeksa* (Vernachlässigen, Ignorieren) und *indrajala* (Beschuldigung, Vortäuschung falscher Tatsachen). Die Könige des modernen Nepal haben immer wieder auf diese Mittel zurückgegriffen, um ihre Politik durchzusetzen und die Vorgehensweise König Gyanendras läßt Erinnerungen an diese Tradition wiederaufleben. Gegner des nepalischen Hindumonarchen nach 1950 waren in erster Linie die politischen Parteien mit ihrem modernen, westlich orientierten Verständnis von Demokratie. Daher haben alle Könige seit Tribhuvan, dem Großvater des heutigen Königs, die Parteien mit den Mitteln des *rajaniti* bekämpft. Dieser Zusammenhänge muß man sich bewußt sein, wenn man die moderne Geschichte und Politik des Königsreichs Nepal verstehen möchte. Die bloße Übertragung rein westlicher politischer Vorstellungen allein reicht nicht aus.

<sup>13</sup> DAHAL, Dev Raj. 2001. *Civil Society in Nepal: Opening the Ground for Questions*. Kathmandu: Center for Development and Governance. [siehe auch [http://www.nepaldemocracy.org/pdf/civil\\_society\\_in\\_nepal.PDF](http://www.nepaldemocracy.org/pdf/civil_society_in_nepal.PDF)]

<sup>14</sup> Dieser Artikel legitimiert den König, auf Empfehlung des Premierministers das Parlament unter der Auflage aufzulösen, daß innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen durchgeführt werden.

<sup>15</sup> Einige Vorträge dieser Konferenz sind im Internet unter <http://nepalresearch.org/politics/inclusion.htm#background> nachlesbar. Eine Publikation aller Beiträge ist geplant.